

# Unwahrscheinliches Glück

Der 9. Oktober 1989, die Massendemonstration in Leipzig, ist ein Schlüsselmoment der Friedlichen Revolution. Es war nicht zu erwarten, dass die DDR-Führung auf Gewalt verzichtet VON FRANKA MAUBACH



**»WIR SIND DAS VOLK«**  
Am 9. Oktober 1989  
demonstrieren in Leipzig  
70.000 Menschen  
für Reformen in der DDR.  
Bilder des Massenprotests  
werden außer Landes  
geschmuggelt und gehen  
um die Welt



Von oben ist alles schwarz, voller Menschen. Sie fluten den Leipziger Ring, es sind kaum Transparente oder Kerzen zu erkennen, aber ein Ruf schallt, unüberhörbar und eindringlich, von den Straßen empor: »Wir sind das Volk!« Am 9. Oktober 1989 sind Aram Radomski und Siegbert Schefke, Ostberliner Oppositionelle, auf den Turm der Reformierten Kirche in Leipzig gestiegen, unerlaubt natürlich, und haben ihre Kamera auf die Szene gerichtet. Mit dem Mut der widerständigen Jugend wollen sie die Menge – 70.000 Menschen werden es – von oben filmen. Die Bilder sollen in den Westen geschmuggelt und dort ausgestrahlt werden, als Zeugnis der wachsenden Unzufriedenheit in der DDR.

Minutenlang ziehen die Menschen friedlich über die Straße. Dann, plötzlich, verwackelt die Kamera die Bilder. Aus den Seitenstraßen stürmen bewaffnete Einsatzkräfte, von oben ist nicht genau zu erkennen, welche es sind, Volkspolizei, NVA, Betriebskampfgruppen. Sie treiben die Menge auseinander, kesseln kleine Gruppen ein, Schüsse fallen. Jetzt sind es Schreie der Angst, die nach oben dringen. Dann wird die Kamera ausgeschaltet. Schwarz.

Am nächsten Tag sind die Bilder, die die beiden Aktivisten aufgenommen haben, in der westdeutschen *Tagesschau* zu sehen. Der Nachrichtensprecher bilanziert den tödlichen Abend: »Die bislang größte Montagsdemonstration in Leipzig ist durch bewaffnete Einsatzkräfte niedergeschlagen worden. Am Hauptbahnhof wurden Wasserwerfer und Panzer

eingesetzt. Mehrere Demonstranten starben, viele Dutzend sind verletzt in Krankenhäuser eingeliefert worden. Der Generalsekretär des ZK der SED, Erich Honecker, hat den gewaltsamen Einsatz gegen die vermeintlich aus dem Westen gesteuerten »Rowdys« und »Provokateure« verteidigt.«

Zum Glück hat es diese Meldung nie gegeben. Der Friedlichen Revolution in der DDR ist ein solches Blutbad erspart geblieben. Die Bilder der Demonstration, die Radomski und Schefke tatsächlich aufnahmen, wurden in den Nachrichten ausgestrahlt und wirkten als Signal, dass Veränderung möglich war. Und dennoch: So kontrafaktisch, wie die imaginierte Szene im Rückblick erscheinen mag, war sie nicht. Tausendfach malten Menschen sich dieses oder ein ähnliches Gewaltszenario aus, weil sie es für wahrscheinlich hielten. Wie ein Lauffeuer hatten sich vor dem 9. Oktober in der DDR Gerüchte ausgebreitet: Zusätzliche Betten würden in Leipziger Krankenhäusern aufgebaut, Blutkonserven vorgehalten. Karin Hattenbach, Angehörige der Leipziger Opposition und erst wenige Tage zuvor »zugeführt«, also festgenommen, erzählte später, dass sie das Donnern der Rufe und der Schritte der Demonstranten im Gefängnis gehört und sofort gedacht habe, jetzt würden Panzer gegen die Menge eingesetzt.

Es war also durchaus anzunehmen, dass die Demonstration gewaltsam auseinandergetrieben würde. Warum sollte es anders laufen als zwei Tage zuvor? Die Proteste am 7. Oktober in Berlin, als das SED-Regime sich zum 40. Republikgeburtstag gratulierte, waren brutal niedergeknüpelt worden. Nichts anderes war für Leipzig geplant.

Wenn kontrafaktisches Denken mit Dan Diner bedeutet, sich am Geländer des Geschehens vorzutasten, um in den Raum des Möglichen zu schauen, dann ist die ausgemalte Szene eine sogar wahrscheinliche Option der Vergangenheit, die auf erleichternde Weise unrealisiert geblieben ist.

**Vor dem glücklichen 9. November** steht also der 9. Oktober 1989 – eine Zäsur, die schließlich zum Kipppunkt in die Gewaltlosigkeit wurde. So lautet das Urteil der Geschichtswissenschaft: Ilko-Sascha Kowalczyk spricht in seiner großen Erzählung der Friedlichen Revolution von einem »Tag der Entscheidung«, Martin Sabrow von einer »Peripetie«, also einem Umschlagpunkt.

Anfang Oktober war die Zahl der Menschen, die in Leipzig nach den Friedensgebeten in der Nikolai-kirche auf die Straße gingen, schnell in die Zehntausende gestiegen; der Protest wurde systembedroh-

#### PRÜGELNDE STAATSMACHT

Am 7. Oktober 1989, dem 40. Jahrestag der Gründung der DDR, gehen in Ost-Berlin Sicherheitskräfte gewaltsam gegen Demonstranten vor



lich. Honecker vertrat unnachgiebig eine harte Linie, noch Ende September hatte er verfügt, dass »diese feindlichen Aktionen im Keime erstickt werden« müssten. Ein Maßnahmenplan für Leipzig sah den Einsatz von Gewalt vor, Sicherheitskräfte wurden in der Stadt zusammengezogen.

Bei der Bürgerrechtsbewegung stand über allem die Angst vor einer »chinesischen Lösung«, einem Massaker, wie es sich im Juni 1989 auf dem Tiananmen-Platz in Peking ereignet hatte. Hier war die studentische Protestbewegung mit Panzergewalt zerschlagen worden. »China ist nicht fern!« stand auf einem Handzettel, der kurz nach dem Massaker von der Ostberliner Bürgerrechtsbewegung verteilt worden war. Mochte der »Platz des Himmlischen Friedens« auch Tausende Kilometer entfernt sein von den Straßen in Prenzlauer Berg, wo die Bürgerrechtsbewegung eines ihrer Zentren hatte: Die Gewalt in China rückte den Menschen trotzdem auf den Leib, wurde zu einer realen Gefahr vor der eigenen Haustür.

Was sind die Gründe dafür, dass ein Massaker wie am Tiananmen-Platz ausblieb, sodass wir heute von einer Friedlichen Revolution sprechen können? Oder, andersherum gefragt: War es nicht eigentlich sehr wahrscheinlich, dass Panzer auffahren würden angesichts stets blutiger Antworten auf Aufstandsversuche im Ostblock: 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei? Und dann 1989 in China? Wäre Gewalt nicht das logische Folglied in dieser historischen Kette realsozialistischer Machtsicherung gewesen?

Mochten die Bilder der rollenden Panzer sich ähneln, die Zeiten hatten sich geändert. 1989 war der »Ostblock« kein geschlossener Komplex mehr, sondern eine geöffnete Einheit. Das Bündnis realsozialistischer Staaten, angeführt von der Sowjetunion, war an mehreren Stellen perforiert und an neuralgischen Punkten aufgebrochen. Auflösungserscheinungen waren nicht zuletzt in Moskau selbst zu beobachten, wo 1985 ein vergleichsweise junger Mann den Posten des Generalsekretärs der KPdSU übernahm: Michail Gorbatschow, der eine neue Offenheit und Bereitschaft zum Umbau des Staatssozialismus personifizierte. Für die Reformen aller Länder war er *das* Vorbild; einer, auf den sich der Protest berief.

In Polen hatte der Reformprozess schon zu Beginn des Jahrzehnts eingesetzt. 1980 streikte die oppositionelle Gewerkschaft Solidarność gegen die kommunistische Staatspartei. Im folgenden Jahr wurde das Kriegsrecht verhängt, Solidarność verboten und erst 1989 wieder zugelassen. Im Frühjahr 1989 tagte der erste »Runde Tisch«; am 4. Juni, zeit-

gleich mit dem Tiananmen-Massaker, kam es in Polen zu ersten freien Wahlen. Auch in Ungarn dynamisierte sich die Lage, nachdem der Parteiführer János Kádár 1988 abgesetzt worden war. Seit Juni 1989 wurden die Grenzanlagen zu Österreich abgebaut; ein Loch, das Flüchtlinge aus der DDR zum Transit in die Bundesrepublik nutzten.

Politisch näher als Polen und Ungarn lag dem SED-Regime das ferne China. Das Land hatte einen anderen Weg zwischen Veränderung und Dogma gewählt: Zwar reformierte die Staatspartei seit Ende der Siebzigerjahre die sozialistische Wirtschaftsordnung in Richtung Marktwirtschaft, unterband demokratische Systemopposition aber mit allen Mitteln – eine Unnachgiebigkeit, die auf die Führungsriege der SED Eindruck machte.

Im Konzert realsozialistischer Mächte verschloss sich die DDR politischen Reformen auf fast halsstarrige Weise. Für viele aus der buchstäblich alten Garde, die in der Staatspartei noch am Ruder war, bedeutete Reform »Konterrevolution«. Zudem hätte eine innere Öffnung in der besonderen Lage des geteilten Deutschlands wohl auch die Öffnung nach Westen befördert. In Anbetracht der nach oben schnellenden Ausreisenzahlen, die 1988 einen Höhepunkt erreichten, war dies keine Option. Zwar intensivierten sich auf allen Ebenen die Beziehungen mit der Bundesrepublik – vom Spitzentreffen zwischen Honecker und Kohl 1987 über Wissenschaftsnetzwerke bis hin zu Städtepartnerschaften. Ideologisch aber machte man keine Zugeständnisse.

Im Gegenteil: Die DDR wurde als souveräner Staat vorgeführt, auch bei Gelegenheit des 40. Jahrestags 1989. Führende Repräsentanten gaben, vermutlich sehr bewusst, Statements ab, die glauben machen sollten, der staatgewordene Sozialismus namens DDR werde ewig bestehen. Besonders blieb im Kopf, was Kurt Hager im westdeutschen *stern* zu Protokoll gab, wohl auch wegen der seltsamen Metaphorik, die große Weltgeschichte mit dem kleinen Alltag verband: »Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?« Eingängige Verlautbarungen wie diese waren darauf angelegt, kolportiert zu werden.

Chinas Gewalteininsatz diente dem SED-Regime als Drohszenario. Als sich die Lage in Osteuropa zuspitzte und die Opposition im eigenen Land die gefälschten Kommunalwahlen im Mai 1989 zum Anlass für immer lauterem Protest nahm, solidarisierten sich die Spitzen der Partei auf entlarvende Weise mit den chinesischen Genossen.



#### APPELL AN DAS REGIME

Auf ihren Transparenten fordern die Menschen am 9. Oktober 1989 in Leipzig, keine Gewalt anzuwenden

Nach der Gewalt auf dem Tiananmen-Platz im Juni kam es zum Schulterchluss. Am 8. Juni stellte die Volkskammer sich mit einer Erklärung hinter das Vorgehen Pekings gegen die »Konterrevolutionäre«, am 10. Juni wurde es bei einem Außenministertreffen gerechtfertigt. Immer öfter war nun zu hören, der Sozialismus müsse verteidigt werden, nötigenfalls, so Margot Honecker, mit der Waffe in der Hand. Zudem reisten SED-Politiker nach China, zuletzt eine Delegation unter Egon Krenz anlässlich des am 1. Oktober fast parallel begangenen 40. Jahrestags der Gründung der Volksrepublik.

Die Kontakte mit dem kommunistischen Regime in Fernost wurden sichtbar enger geknüpft. Darum spielt China in der Geschichte der Friedlichen Revolution eine wichtige, zu wenig beachtete Rolle. Vermutlich ist die Orientierung am »Bruderstaat« in Peking kein hinreichender Grund, aber doch ein Element in einem Bündel aus vielen Faktoren, die erklären, warum die Proteste in den ersten Oktobertagen zunächst ebenfalls mit aller Härte unterbunden wurden. Gewalt war im Herbst 89 eben nicht nur ein kontrafaktisches Gedankenspiel, sondern eine reale Möglichkeit, von der Gebrauch gemacht wurde.

Am 4. Oktober kulminierte die Staatsgewalt gegen Ausreisewillige am Dresdner Hauptbahnhof. Etwa 20.000 Menschen hatten sich versammelt, um

einen aus Prag nach Bayern fahrenden Zug zu kapern, in dem Botschaftsflüchtlinge saßen, denen in Dresden die Pässe abgenommen werden sollten. Die Eindringlinge randalierten, riefen »Freiheit« und »Wir wollen raus«, während die Volkspolizei sie mit einem Wasserschlauch abwehrte, wie Bilder der Staatssicherheit dokumentieren. Mehr als tausend Menschen wurden verhaftet, mit Beschimpfungen überzogen, teilweise misshandelt. Es war einer der größten staatlichen Gewaltexzesse seit dem 17. Juni 1953.

Beim 40. Republikgeburtstag am 7. Oktober war das Vorgehen der Einsatzkräfte ebenfalls unmissverständlich. Unweit der repräsentativ-biedereren Veranstaltung im Palast der Republik demonstrierte der untergehende Staat seine Macht, mit demselben Set von »Zuführungen«, Erniedrigungen und Misshandlungen. Die gänzlich derealisierte Sicht der Dinge – der lachende, Hände schüttelnde Erich Honecker – und die brutale Wirklichkeit der Gewalt in einem politischen System am Abgrund kamen sich in Berlin seltsam nahe.

**Nach Lage der Dinge** war der Gewalteinsatz also auch zwei Tage später in Leipzig das Mittel der Wahl. Wäre es so gekommen, die zahlenmäßig kleine Bürgerrechtsbewegung wäre existenziell geschwächt gewesen und das SED-Regime wohl noch etwas länger



#### MENETEKEL

Bürgerrechtler fürchten, es könnte auch in der DDR zu einem Massaker kommen wie am 3. und 4. Juni 1989 nahe dem Tiananmen-Platz in Peking (Bild rechts). Auf einem Handzettel (oben) warnen sie vor der Gefahr



am Leben geblieben. Vielleicht hätte sich der Protest gegen das System dann radikalisiert, vielleicht sogar von rechts. Denn neben der Bürgerrechtsbewegung, die für Demokratie oder für dritte Wege zwischen Demokratie und Sozialismus stand, hatte sich eine extrem rechte Subkultur entwickelt, die in den Achtzigerjahren immer sichtbarer wurde. Vermutlich wäre die DDR trotzdem in absehbarer Zeit untergegangen, auch weil die Ausreisewellen sich kaum noch gewaltsam eindämmen ließen, aber der Untergang wäre politisch in anderen Bahnen verlaufen.

Am Ende setzte sich nicht der Waffeneinsatz durch, sondern der Gewaltverzicht. Für diese nicht erwartbare Entwicklung – die Einsatzkräfte zogen sich zurück, statt einzuschreiten – gibt es zahlreiche Erklärungen. Sie betonen den Zufall, situative Konstellationen oder längerfristige Faktoren; vielleicht müssen sie, um das radikal Unvermutete zu erklären, auch alle zusammengedacht werden.

Eine besonders gute Pointe, die gleichwohl zu kurz greift, hebt ein kontingentes Detail hervor: Als die Leipziger Bezirksleitung sich in Ost-Berlin rückversichern wollte, wie vorzugehen sei, war der erste Befürworter der harten Linie, Erich Honecker, nicht zu erreichen. Angeblich war er mit der für den Republikgeburtstag angereisten chinesischen Delegation unterwegs. Als Egon Krenz zu spät zurückrief, hatte die Leipziger Bezirksleitung ihren Ermessensspielraum genutzt und Gewaltlosigkeit angeordnet.

Andere Erklärungen verweisen auf die schnelle Auflösung anderer Staatssozialismen. Gleichwohl gab es Länder, die auf Gewalt beharrten, man denke an Ceaușescu Rumänien. In der DDR spielte zudem eine wichtige Rolle, dass Bilder der Gewalt, auch die vom Leipziger Kirchturm, sofort im bundesdeutschen Fernsehen zu sehen gewesen wären.

Besonders hervorzuheben ist das Handeln der Bürgerrechtsbewegung und auch der weiteren Bevölkerung, das zwischen spontaner Reaktion und wohl-durchdachter Strategie changierte. Schon der Handzettel mit seiner Botschaft »China ist nicht fern« belegt, wie intensiv sich die Opposition mit der Möglichkeit der Gewalt auseinandersetzte. Die Menschen hatten die Botschaft verstanden, die das SED-Regime mit seiner ostentativen China-Solidarität sendete. Allerdings antworteten sie auf die Drohungen nicht mit Rückzug, sondern integrierten den Appell zum Gewaltverzicht in ihre Protestchoreografien.

»Keine Gewalt!« Das wurde gerufen und, neben Demokratie und Freiheit, auf Transparenten gefordert. Weiße Kerzen symbolisierten die Bereitschaft zum »friedlichen Dialog«. Symbole des Gewaltver-

zichts waren allgegenwärtig; eine kreative Aneignung der zeitgenössischen Friedenspropaganda des Regimes gegen das Regime.

Damit sollte der »Volkspolizei« jegliche Rechtfertigung für den Waffeneinsatz genommen werden. Vonseiten des Regimes hieß es, bei den Demonstranten handle es sich um »Konterrevolutionäre« oder »Rowdys«, vom Westen gesteuert; Gruppen, die nicht zum »Volk« gehörten. Der zentrale Slogan der Revolution war zunächst kein Aufschrei des demokratischen Demos, sondern die Forderung nach Gewaltverzicht, gelegentlich in dieser Kombination gerufen: »Wir sind keine Rowdys, wir sind das Volk!« Der Slogan fungierte als subtile Einladung an die Sicherheitskräfte, sich anzuschließen, oder mindestens als Aufforderung, nicht zu den Waffen zu greifen.

Selbst der Spruch »Wir sind ein Volk«, heute meist als Forderung nach deutscher Einheit verstanden, war zunächst ein Dialogstück in dieser Auseinandersetzung. Gesperrt gesetzt, stand er im Zentrum des »Appells zur Gewaltlosigkeit«, den die Opposition am 9. Oktober in Leipzig kursieren ließ. Er rief beide Seiten, Demonstranten wie Einsatzkräfte, zum Gewaltverzicht auf – mit diesem Hinweis: »Wir sind ein Volk!« Gewalt gegeneinander sollte durch Solidarität miteinander ersetzt werden.

Vielleicht waren Einsatzkräfte, die selbst keine Loyalität mit dem System mehr verspürten, offen für diese Appelle. Es war – neben der schieren Erschöpfung des Regimes – diese Forderung nach Gewaltverzicht, die den friedlichen Herbst 89 erklären hilft.

Das gute Ende ist aber nicht der richtige Schluss. Denn die Zäsur von 1989/90 symbolisiert eben nicht nur ein friedlich-demokratisches »Ende der Geschichte«. Gewalt begleitete Mauerfall und Einheit und prägte die Neunzigerjahre. Sie resultierte nicht zuletzt aus einem ethnischen Verständnis vom »Volk«. Antisemitische, antiziganistische, rassistische Gewalt – in Ost und West schon in den Achtzigern verbreitet – brach sich Bahn und eskalierte: nicht nur in Rostock oder Solingen, sondern in unzähligen Städten. In Osteuropa kehrte der Nationalismus zurück und mit ihm die Gewalt, wie im auseinanderbrechenden Jugoslawien. Die Friedliche Revolution leitete nicht nur den Aufbruch in die Demokratie ein, sondern auch eine Phase rechter Gewalt und eine Zeit des Nationalismus, die bis in die Gegenwart führt. ■



FRANKA MAUBACH *lehrt Geschichte an der Universität Bielefeld*



#### WEITERLESEN

Ilko-Sascha Kowalczyk:  
»Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR«  
C. H. Beck Verlag,  
München 2015